

Gemeinsame Erklärung und Antrag

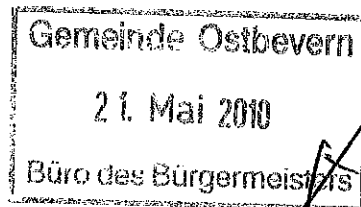
der im Rat Ostbevern vertretenen Fraktionen von

CDU Ostbevern

SPD Ostbevern

Bündnis 90 / Die Grünen Ostbevern

Herrn Bürgermeister
Joachim Schindler
Hauptstr. 24
48346 Ostbevern



Ostbevern, 19. Mai 2010

Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Am Rathaus“ / Erweiterung des Seniorenzentrums St. Anna

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schindler !

Die Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Gemeinde Ostbevern haben sich auf folgende gemeinsame Erklärung und gemeinsamen Antrag geeinigt:

1 In der Ratssitzung vom 25. März 2010 wurde angeregt, ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept zur Schaffung weiterer Altenpflegeplätze zu entwickeln und über städtebauliche und ökologische Alternativen nachzudenken. Leider sind diese Anregungen – die von allen Fraktionen unterstützt wurden -- nicht klar als „Arbeitsauftrag“ protokolliert worden.

2 Wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass die Vielzahl von Anregungen und Bedenken beider Interessenseiten sehr ernst genommen werden müssen. Im Besonderen sind für uns die auf der Bürgerversammlung / Bürgeranhörung vom 5. 5. 2010 von Frau Wolters-Krebs gemachten Ausführungen, die sie so zum ersten Mal vortrug, von besonderer Wichtigkeit . Sie führte bekanntlich aus, dass für eine rechtssichere Abwägung, die zur Änderung des Bebauungsplanes führen könne, der Nachweis zu erbringen sei, dass die erforderlichen Seniorenheimplätze nur an dieser Stelle zu realisieren seien.

Frau Wolters-Krebs: "Voraussetzung ist der Nachweis, dass der Bau von Seniorenheimplätzen nur an diesem Standort im Ortszentrum für Bewohner, auch im Sinne ihrer Angehörigen (Besucher), zu decken ist."

Ebenso müssten Bedarf und Umfang nachgewiesen werden.
Diese Forderungen sind bis jetzt noch nicht erfüllt worden.

3 Daraus ergibt sich für uns:

Wir lehnen jeden unangemessenen, der sachlichen Klärung nicht dienlichen Zeitdruck ab.
Wir werden deswegen in der Ratssitzung am 8. Juni 2010 keinen Aufstellungsbeschluss fassen.

4 Wir stellen folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit allem Nachdruck den Bedarf und seinen Umfang zu erheben und offensiv nach geeigneten weiteren Standorten zu suchen.
Die Suche nach einem geeigneten Standort soll bis Ende September abgeschlossen sein.
Die Suche nach einem ggf. weiteren möglichen Investor sollte dann bis zum 31. Dezember abgeschlossen sein.
Über die Ergebnisse ist der Rat in Sachstandsberichten zu informieren.

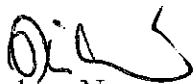
Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Brandt
(CDU – Fraktion)



Peter Eisel
(SPD – Fraktion)



Jochem Neumann
(Bündnis90/Die Grünen-Fraktion)